

Für die Operation ins grenznahе Ausland

FDP Die Kantonalparteien der Nordwestschweiz machen in der Gesundheitspolitik gemeinsame Sache

Konzertierte Aktion von FDP Aargau, Solothurn und der beiden Basel: Sie tragen ihren Parlamenten an, eine Ständesinitiative für Wahlfreiheit im Spitalbereich einzulreichen.

KAREN SCHÄRER

Grundversicherte sollen ihr Spital im In- und im nahen Ausland selbst wählen können. Dies fördern die Freisinnigen der Kantone Aargau, Solothurn, Baselland und Basel. Um dieses Anliegen voranzutreiben, stellt die FDP-Fraktion am kommenden Dienstag im Aargauer Grossen Rat den Antrag, beim Bund eine Ständesinitiative für Wahlfrei-

heit im Spitalbereich einzureichen. Denselben Initiativtext werden die FDP-Fraktionen im Kantonsrat (SO), im Landrat (BJ) und im Grossen Rat (BS) an der nächsten Ratssitzung vorstellen.

Heute ist die freie Spitalwahl nur über eine Zusatzversicherung möglich: in medizinisch begründeten Fällen leisten aber die Wohnkantone schon heute ihren Beitrag an die Spitäler auch für Behandlungen in anderen Kantonen. In ihrer Pressemitteilung macht die FDP Aargau «kantonale Spitalplanningen» für die «unverhältnismässigen Kostensteigerungen im Spitalsektor» verantwortlich. Statt staatlicher Planung seien deshalb «Qualitäts- und Kostenwert-

bewerb» notwendig. Die FDP-Fraktionen fordern im Initiativtext, dass die Spitalabteilungen Angaben zu Kosten und medizinischer Ergebnisqualität veröffentlichten sollen.

«Eine echte Wahl»

Die Freisinnigen versprechen sich von derartiger Transparenz eine echte Wahl für die allgemeine Versicherten: Sie könnten schweizweit zwischen jenen Spitälern wählen, welche im veröffentlichten Leistungsvergleich sowohl bei der medizinischen Ergebnisqualität als auch bei den Fallkosten «gut bis führend» sind. «Dann wird die kantonale Spitalplanung durch den Spitalbinnenmarkt ersetzt;

kantonale Grenzen werden geöffnet und die Öffnung nationaler Grenzen ermöglicht», heisst der Initiativtext.

Schaffen es die FDP-Fraktionen, in den vier Kantonsparlamenten die Mehrheit der Räte für ihr Anliegen zu gewinnen, könnten also bis zu vier gleichlautende Ständesinitiativen in Bern eingereicht werden. Diese werden zunächst von den zuständigen Kommissionen von National- und Ständerat geprüft. Bei der Gesundheitskommission des Nationalrats (SGK-N) würden die Kantone offene Türen einrennen: Wie Bundesrat Couchepin auch, hat sich die SGK-N im Rahmen der Revision des Krankenversicherungsgesetzes zur Spital-

finanzierung bereits für die freie Spitalwahl ausgesprochen. In einem Interview in der aktuellen Santésuisse-Publikation «Brennpunkt» erklärt Pierre Triponez, Präsident der SGK-N, weshalb Kantonsgrenzen machen – gerade für Bewohner von Grenzgebieten – nicht immer Sinn, sagt der Berner FDP-Nationalrat. Zudem würde eine «gewisse Öffnung der Kantonsgrenzen» auch bewirken, dass die Spitäler «kunden- und patientenfreundlicher» würden. «Wenn sie sich im Wettbewerb behaupten müssen und nicht mehr auf eine feste Klientel zählen können, werden sie mehr Anstrengungen in diese Richtung unternehmen», sagt Triponez.

Während das Anliegen der FDP-Fraktionen bei der Spitalwahl Kantonsterritorien aufzuheben, schon breit diskutiert wird, ist die Öffnung gegenüber dem Ausland ein neueres Thema. In einem Interview mit der Zeitung «Cash» sagte Bundesrat Pascal Couchepin im vergangenen Herbst auf die Frage, ob man den Spitalmarkt nicht auch gegenüber dem Ausland öffnen sollte: «Vielleicht werden wir in einigen Jahren darüber reden. Aber heute ist das politisch nicht realistisch.» Seit Januar läuft nun ein auf drei Jahre angelegtes grenzüberschreitendes Pilotprojekt, an dem die beiden Basel und der deutsche Landkreis Lörrach beteiligt sind.